



SOMMER 2026



EZRA- NEWSLETTER



15 Jahre an der Seite
Betroffener
rechter Gewalt



Katharina Schenk, Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie, hält ihr Grußwort



Katharina Passolt, Kirchenrätin und Vorstandsmitglied des Trägervereins *re:solut* e. V.

Abendliches Fest in der *Offenen Arbeit* Erfurt

Jubiläumsfeier »15 Jahre ezra« am 25. April 2026

Ein Tag voller Erinnerungen, Wiedersehen, Bestärkung und Zuversicht



Theresa Lauß, neue ezra-Projektleiterin, und
Franz Zobel, ezra-Projektleiter 2020 bis Mai 2026

Am 25. April 2026 feierten wir das 15-jährige Bestehen der Betroffenen- und Opferberatung *ezra* mit einer festlichen Jubiläumsveranstaltung am Vormittag im *Haus Dacheröden* und einer Feier am Nachmittag und Abend in der Offenen Arbeit. Der Tag war warm und sonnig und für das gesamte *ezra*-Team ein ganz besonderer: Seit Anfang des Jahres hatten wir auf diesen Tag hingearbeitet und uns gefragt, wie sich 15 Jahre *ezra* angemessen feiern lassen. Immer wieder wurden in der gemeinsamen Mittagspause Anekdoten geteilt, gemeinsam gelacht und auch traurig auf das nahende Ausscheiden von Franz Zobel als Projektleiter geblickt – auch wenn alle Verständnis für seine Entscheidung hatten, *ezra* nach 15 Jahren zu verlassen. Zugleich können wir uns keine bessere Nachfol-

gerin als Theresa Lauß vorstellen, die bei *ezra* bereits seit elf Jahren als Beraterin Betroffene professionell begleitet hat.

Doch nun war es soweit: Für uns begann der Jubiläumstag früh – Stühle wurden gerückt, Luftballons aufgepustet, Getränke und Gläser bereitgestellt, Technik aufgebaut, die Präsentation getestet und letzte Vorbereitungen getroffen. Nach und nach füllte sich das Haus Dacheröden mit Menschen, die *ezra* in den vergangenen 15 Jahren begleitet, unterstützt und geprägt haben – aus Politik und Verwaltung, aus der Zivilgesellschaft, aus Netzwerkorganisationen und viele ehemalige und aktuelle Wegbegleiter*innen. Die Wiedersehensfreude war groß, genauso wie die Vorfreude auf einen Tag, an dem nicht nur zurückgeblickt, sondern auch nach vorn geschaut werden sollte.

Durch den Vormittag führte Katharina Pasolt, Kirchenrätin und Vorstandsmitglied des Trägervereins *re:solut e. V.* Sie berichtete, warum sich die *Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM)* 2011 entschied, die Trägerschaft von *ezra* zu übernehmen und was der Name der Beratungsstelle bedeutet: »*ezra*« ist Hebräisch und heißt »Hilfe« oder »helfen«. In den heiligen Texten des Judentums wird *ezra* immer dann verwendet, wenn es keinen mehr gibt, der hilft. [...] Wir helfen euch. Das ist seitdem das Selbstverständnis von *ezra*. Eine starke Botschaft.«

Auch die anschließenden Grußworte machten deutlich, welche Bedeutung die Gewaltopferberatung *ezra* und ihre Arbeit heute hat

– für die Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ebenso wie für die demokratische Zivilgesellschaft insgesamt.

Den Auftakt machte Elisabeth Kaiser, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland sowie Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Gera – Greiz – Altenburger Land. Sie erinnerte an die Anfänge der Opferberatung in Ostdeutschland und würdigte *ezra* als eine Pionierin der Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Als wichtigen Meilenstein hob sie die Eröffnung der Regionalstelle Ostthüringen in Gera 2025 hervor, die Betroffenen auch außerhalb der größeren Städte einen niedrigschwelligen Zugang zu Unterstützung ermöglicht. Zugleich blickte sie auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen: Wer sich zivilgesellschaftlich engagiere, erlebe unmittelbar, wie sich der Ton der öffentlichen Debatten verschärft habe, antidemokratische Kräfte an Einfluss gewannen und rechte Gewalt neue Ausdrucksformen finde. Dadurch steige nicht nur die Zahl und Komplexität der Beratungsfälle – zunehmend seien auch die Berater*innen von *ezra* selbst Bedrohungen und Einschüchterungen ausgesetzt. Opferberatung sei deshalb immer auch Demokratiearbeit und ein klares Zeichen gegen Gewalt und Ausgrenzung.

»Die Arbeit von *ezra* ist unverzichtbar. Sie stärkt nicht nur einzelne Menschen, sondern unsere Demokratie insgesamt.«

Elisabeth Kaiser,
Ostbeauftragte der Bundesregierung

Als zuständige Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie machte Katharina Schenk deutlich, dass die Arbeit von *ezra* weit mehr sei als ein einzelnes Förderprojekt. In der aktuellen Debatte werde häufig über Pro-

gramme, Projektförderung oder Trägerstrukturen gesprochen – als ginge es um eine freiwillige Zusatzleistung. Tatsächlich gehe es um eine staatliche Grundlagenverantwortung und letztlich um den Schutz unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Gerade deshalb müsse der Geburtstag von *ezra* auch Anlass sein, sich dem gesellschaftlichen Rollback und der zunehmenden Infragestellung demokratischer Strukturen entgegenzustellen.



Nimet Gökmenoğlu, Vorstandmitglied des VBRG e. V.



v.l.n.r.: Michael Panse, Beauftragter der Landesregierung für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus in der Thüringer Staatskanzlei, Elisabeth Kaiser, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Katharina Schenk, Thüringer Ministerin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie, Christian Klein, Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz

»Und deswegen ist Opferberatung ja nicht nur Opferberatung, sondern sie ist Demokratieschutz. [...] Wir reden hier über Grundlagenverantwortung.«

Für das Thüringer Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz hob Staatssekretär Christian Klein hervor, dass ein funktionierender Rechtsstaat mehr brauche als Strafverfolgung und Gerichtsverfahren. Betroffene benötigten Zugang zum Recht, sensible Institutionen und Beratungsstellen wie *ezra*, die konsequent an ihrer Seite stehen und ihre Interessen in den Mittelpunkt stellen. Gerade die Unabhängigkeit sei eine besondere Stärke von *ezra*. Zugleich erinnerte er daran, dass rechte, rassistische und antisemitische Gewalt nicht erst dann Aufmerksamkeit erhalten dürfe, wenn einzelne Fälle Schlagzeilen machten – sie sei ein dauerhafter Auftrag an Politik, Justiz, Verwaltung und Gesellschaft.

»Der Rechtsstaat zeigt sich nicht nur daran, dass der Täter verfolgt wird. Er zeigt sich auch daran, wie er mit den Betroffenen umgeht.«

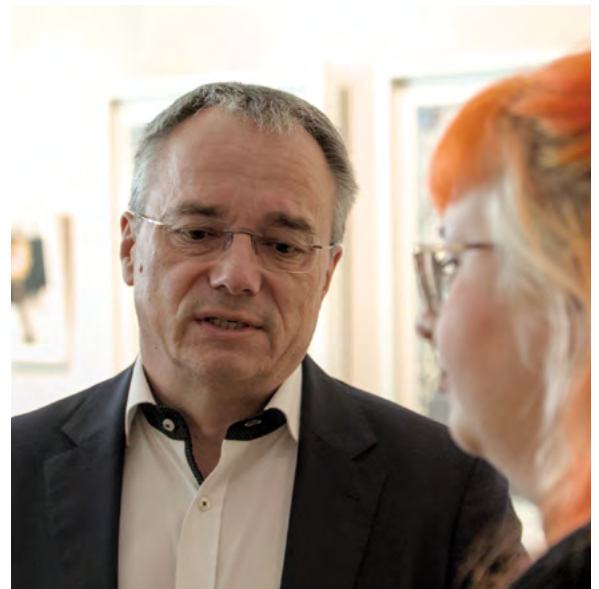
Auf Grund der parallel stattfindenden Landdessynode der *EKM* wandte sich der Landesbischof Friedrich Kramer mit einer Videobotschaft direkt an die *ezra*-Mitarbeiter*innen: *»Ich möchte an dieser Stelle nochmal ausdrücklich ›Danke‹ sagen, allen Mitarbeitern von ezra, die Tag aus Tag ein ansprechbar sind für Menschen, die Hilfe suchen. Gott segne Sie in Ihrer Arbeit, schenke Ihnen Resilienz und Kraft mit den schweren Geschichten, die Sie erfahren, umzugehen.«*

Für den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (*VBRG*) gratulierte Vorstandsmitglied Nimet Gökmenoğlu zum Jubiläum. Sie würdigte *ezra* als eine Beratungsstelle, die seit 15 Jahren beharrlich die Perspektive der Betroffenen sichtbar macht – gerade in Thüringen, wo dies angesichts der Geschichte des *NSU* und einer starken extrem rechten Szene alles andere als selbstverständlich sei. Als unabhängige Beratungsstelle und starke Stimme der Zivilgesellschaft reiche ihre Wirkung längst

über Thüringen hinaus. Mit der Regionalstelle Ostthüringen, dem Monitoring rechter Gewalt und der Fachberatungsstelle *elly* reagiere *ezra* immer wieder auf neue gesellschaftliche Herausforderungen. *»In 15 Jahren habt ihr es stets geschafft, die Perspektive der Betroffenen sichtbar zu machen.«*

Bei aller Unterschiedlichkeit verband die Grußworte eine gemeinsame Botschaft: Wertschätzung für das, was *ezra* in den vergangenen 15 Jahren aufgebaut hat, und die Überzeugung, dass unabhängige Opferberatung heute notwendiger ist, denn je. Wir danken sehr Elisabeth Kaiser, Katharina Schenk, Christian Klein, Nimet Gökmenoğlu und Friedrich Kramer, dass sie sich die Zeit genommen haben und für die Anerkennung unserer Arbeit.

Im Anschluss blickten Franz Zobel und Theresia Lauß gemeinsam auf die Geschichte von *ezra* zurück. In einem persönlichen und anekdotenreichen Gespräch zeichneten sie die Entwicklung der Beratungsstelle nach – von den Anfängen in Neudietendorf bis heute. Ergänzt wurde der Rückblick durch Videobotschaften von Wegbegleiter*innen, Unterstützer*innen



Michael Panse, Beauftragter der Landesregierung für jüdisches Leben in Thüringen und die Bekämpfung des Antisemitismus in der Thüringer Staatskanzlei, und Theresa Lauß, ezra-Projektleiterin

und ehemaligen Beratungsnehmenden, die von gemeinsamen Erfahrungen, wichtigen Wegmarken und der Bedeutung von *ezra* erzählten. Einige ihrer Geschichten greifen wir im folgenden Beitrag dieses Newsletters noch einmal auf.

Zum Abschluss der Veranstaltung baten Franz Zobel und Theresa Lauß alle Mitarbeiter*innen von *ezra* und *elly* auf die Bühne. Sie dankten ihren Kolleg*innen für ihr tägliches Engagement und machten deutlich: Ohne sie wäre die Arbeit bei den Beratungsstellen nicht möglich. Diesem Dank schlossen sich die Vorständ*innen des Trägervereins *re:solut e.V.* an und überreichten allen Kolleginnen ein kleines Sträußchen duftender Maiglöckchen. Franz Zobel erhielt darüber hinaus einen Thüringer Wurstkorb – als augenzwinkernde Erinnerung an viele Jahre engagierter Arbeit in Thüringen. Theresa Lauß wurde mit Blumen und einem Geschenk in ihrer neuen Rolle willkommen geheißenen. Unser Dank gilt außerdem unseren in großen Teilen ehrenamtlichen Vorständinnen, die unsere Arbeit mit großem Engagement, viel Zeit und persönlichem Einsatz begleiten und unterstützen. Ihr Vertrauen und ihre Verbundenheit mit unserer Beratungsstelle sind ein wertvoller Rückhalt.

Mit einem anschließenden Get-Together mit vielen Gesprächen, Geschenken, Snacks und Getränken endete der erste Teil des Tages und für uns ging es glücklich und erleichtert weiter in die Offene Arbeit.

Dort hatten wir bereits am Tag zuvor mit dem Einsatz vieler goldener Rettungsdecken, Luftballons, Girlanden, Papierwolken etc. den Saal und den Hof geschmückt. Bei schönstem Wetter konnten wir den Tag so mit Musik, vielen Gesprächen und Begegnungen ausklingen lassen. Wir danken den Künstler*innen für ihre Unterstützung – der Tag hätte nicht schöner enden können – und unseren ehrenamtlichen Helfer*innen, die den Abend mit uns gestemmt haben.

Danke an alle, die 15 Jahre *ezra* mit uns gefeiert haben, danke, dass ihr gekommen seid, für eure liebevollen Geschenke, eure bestärkenden Worte, eure lieben Zuschriften, wenn ihr es nicht geschafft habt. Dieser Tag hat uns sehr viel Kraft gegeben und wird noch lange nachwirken. ◀



Ulrich Töpfer und Franz Zobel



Rea Mauersberger und José Paca,
Vorstandmitglieder *Migranetz Thüringen*

15 Jahre an der Seite der Betroffenen

Am 25. April 2026 haben wir das 15-jährige Bestehen unserer Beratungsstelle gefeiert. In diesem Rahmen haben wir zurückgeblickt und Beratungsnehmende, Wegbegleiter*innen und Unterstützer*innen in Videobotschaften zu Wort kommen lassen. Auszughaft haben wir Zitate von diesen im folgenden Text aufgenommen.

15 Jahre ezra erzählen eine Geschichte über rechte Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Sie erzählen von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Zäsuren. Vor allem aber erzählen sie von Menschen, die von dieser Gewalt betroffen sind.

Von Menschen, deren Alltag durch einen Angriff erschüttert wurde. Von Menschen, die nach Bedrohungen, Beleidigungen oder körperlichen Übergriffen oft zunächst nicht wissen, wohin sie sich wenden können. Von Menschen, die erleben, dass ihre Perspektiven von der Mehrheitsgesellschaft oft nicht gehört oder ernst genommen werden. Und von Menschen, die sich entschieden haben, Betroffene nicht allein zu lassen, sondern ihnen zuzuhören, ihren Perspektiven Raum zu geben und parteilich an ihrer Seite zu stehen. Als Konsequenz dieser Entscheidungen ist ezra entstanden.

Anfänge

Beratung braucht Parteilichkeit

Die Geschichte von ezra beginnt nicht im Jahr 2011. Sie beginnt früher: mit ersten Beratungsstrukturen für Betroffene rechter Gewalt (wie ABAD und später den *Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt*) und mit engagierten Menschen, die Unterstützung geleistet haben, oft unter schwierigen Bedingungen. Doch schnell wurde deutlich: Diese Arbeit braucht mehr Stabilität.

Denn Unterstützung nach rechter Gewalt ist kein einmaliger Akt. Sie braucht Zeit. Sie braucht Kontinuität. Und sie braucht eine klare Haltung. Dazu zählt auch, dass Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt und Ausstiegsberatungen für (extrem) Rechte klar voneinander getrennt sein müssen.

Deshalb wurde mit der Gründung von ezra am 1. April 2011 die Arbeit neu strukturiert. Die Trägerschaft wechselte hin zur *Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland*, die Beratungsstelle wurde unabhängig aufgestellt, mit einem klaren Auftrag: Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen parteilich zu unterstützen. Parteilichkeit bedeutet dabei nicht Neutralität zwischen Positionen, sondern eindeutig an der Seite der Betroffenen zu stehen, vertraulich zu arbeiten und ihre Perspektive zum Ausgangspunkt jeder Beratung zu machen. Diese trägt auch dazu bei, das Vertrauen von Ratsuchenden in die Beratungsstelle zu stärken:

»Bei rassistischer Gewalt war die Hürde besonders groß, weil sich viele Betroffene gar nicht getraut haben, über ihre Erfahrungen zu berichten, sich an die Polizei zu wenden und Anzeige zu erstatten.«

Christina Büttner,
ezra-Projektleiterin 2014 bis 2020



Die frühere Projektleiterin Christina Büttner berichtet, dass es damals noch stärker als heute Schwierigkeiten für die Betroffenen gegeben habe, sich an staatliche Stellen zu wenden. »Diese Vertrauenswürdigkeit müssen sich ein Träger und eine Beratungsstelle erst erarbeiten.«

Die Entscheidung ezra neu zu strukturieren, fiel in eine Zeit, in der auch politische Programme zur Stärkung demokratischer Kultur in Thüringen entstanden, unter anderem das Landesprogramm *Denk Bunt*. Klar war, dass diese Bemühungen der Demokratieförderung in eine Realität hineinwirkten, die schon damals von rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten geprägt war.

Der NSU

Zäsur und Mahnung

Nur wenige Monate nach der Gründung von ezra kam es am 4. November 2011 zur »Selbstenttarnung« des sogenannten *Nationalsozialistisches Untergrunds* (NSU). Damit wurde öffentlich, was Betroffene und Unterstützungsstrukturen schon lange beschrieben hatten: dass tödliche, rechtsterroristische Gewalt in Deutschland existiert, die Ermittlungsbehörden und Politik über Jahre hinweg nicht erkennen wollten, weil sie Betroffene nicht ernst nahmen und sie rechte Gewalt nicht verstanden.

Für viele Angehörige der Opfer bedeutete das eine doppelte Belastung: nicht nur die Erfahrung des Verlustes geliebter Menschen, sondern auch die Erfahrung, dass ihre Hinweise und Einschätzungen nicht gehört wurden. So organisierten migrantische Communities schon lange vor der sogenannten Selbstenttarnung Demonstrationen, auf denen sie Rassismus als Tatmotiv der NSU-Morde benannten, wie z. B. 2006 in Kassel. Angehörige, Freund*innen und Angegriffene erlebten entwürdigende Täter-Opfer-Umkehr und mussten sich belastenden und emotional verletzenden Vernehmungen stellen, während die Täter*innen ungestört weiter mordeten. Gestützt durch ein großes neonazistisches Netzwerk, finanziert u. a. durch Gelder, die von staatlichen Behörden an V-Männer gezahlt wurden. Elf Jahre konnte das Kerntrio des NSU unbehelligt im Untergrund leben.

Diese Erkenntnisse prägen die Arbeit von ezra bis heute. Denn sie verweisen auf einen zentralen Punkt: Gewalt wird nicht nur durch die Tat selbst bestimmt, sondern auch durch den Umgang mit ihr. Und genau deshalb beginnt Beratung oft mit etwas, das einfach klingen mag, aber entscheidend ist: Ratsuchenden zuhören, sie ernst nehmen und ihnen Glauben schenken.

Sichtbarkeit

Warum Gewalt dokumentiert werden muss

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt ist für nicht betroffene Menschen selten in dem Maße sichtbar, in dem sie tatsächlich stattfindet. Dies steht im starken Gegensatz zu den Erfahrungen der Angegriffenen und den Communities, denen sie angehören. Betroffene haben ein sehr feines Gespür dafür, warum Täter *innen sie als Feindbild markieren und verstehen die ausgesendete Botschaft rechter Gewalt genau: Ihr seid hier nicht sicher.

Viele Vorfälle werden nicht angezeigt. Andere werden von den Ermittlungs- und Strafbehörden nicht als politisch motiviert erkannt. Wieder andere verschwinden in Statistiken, die die Perspektive der Betroffenen nicht vollständig abbilden.

Deshalb gehört das unabhängige Monitoring seit vielen Jahren zum Kern der Arbeit von ezra. Es geht dabei nicht nur um die Erfassung von Fallzahlen, sondern darum, Muster sichtbar zu machen, Entwicklungen rechter Gewalt zu erkennen und somit auch als Frühwarnsystem zu agieren. Und darum, deutlich zu machen, dass hinter jeder Zahl eine konkrete Erfahrung von Menschen steht.

Andrea Hübler hat das Monitoring beim VBRG maßgeblich mit weiterentwickelt. Sie erklärt, dass zu Beginn der Opferberatungsstellen rechte Gewalt offiziell nicht in der Form benannt wurde. »Deswegen war es von Anfang an das Anliegen der Beratungsstellen, ein unabhängiges Monitoring zu betreiben. Weil wir diesen Teil des Dunkelfelds, der in der öffentlichen oder offiziellen Kriminalstatistik niemals auftauchen wird, sichtbar machen wollen«, erklärt sie.

»Die Unabhängigkeit des Monitorings ist etwas, was die Opferberatungsstellen von Anfang an begleitet hat. Entstanden sind diese aus einer Erfahrung der 90er Jahre, in dem Wissen, dass Betroffene von rechter Gewalt keine Unterstützung erfahren, in der Regel alleingelassen werden und dass ihre Erfahrungen infrage gestellt werden.«

Andrea Hübler,
Geschäftsführerin Beratung RAA Sachsen e. V.





Ballstädt

Massive Gewalt, Justizversagen und praktische Solidarität

Manche Ereignisse zeigen sehr verdichtet auf, warum die Arbeit von Betroffenen- und Gewaltopferberatungen unverzichtbar ist.

Der Angriff auf die Kirmesgesellschaft in Ballstädt im Jahr 2014 war ein solcher Moment: Mehrere Neonazis drangen in einen Gemeindesaal ein und griffen die dort Feiernden brutal an. Menschen wurden verletzt, einige schwer. Was zunächst als »Kirmeschlägerei« verharmlost wurde, entpuppte sich als gezielter rechter Angriff.

Für die Betroffenen begann danach eine lange Phase der Unsicherheit – mit Ermittlungen, verschlepptem Gerichtsverfahren und öffentlicher Aufmerksamkeit.

Doch Ballstädt und die darauffolgenden Gerichtsprozesse (das erstinstanzliche Urteil wurde durch den Bundesgerichtshof aufgehoben, es kam zu einem neuen Urteil mit lächerlich geringen Strafen), erzählen nicht nur eine Geschichte von Gewalt. Sie erzählen auch eine Geschichte von Solidarität.

Menschen begleiteten die Prozesse, organisierten Unterstützung und machten deutlich, dass die Betroffenen nicht allein sind. Eine wich-

tige Rolle spielten hier die *Omas gegen Rechts Erfurt*, u. a. mit ihrer Petition *Keine Deals mit Nazis*:

»Da hat uns ezra sehr geholfen, über Change.org diese Petition zu starten. Und da haben wir dann tatsächlich die Unterschriften gesammelt, die haben wir dann dem Justizministerium übergeben. Und da wurde uns dann mitgeteilt, dass das nicht zählt, weil das nicht über die Landtagsplattform gegangen ist. [...]« Gabriele R.-W., *Omas gegen Rechts Erfurt*



»Also haben wir uns Listen genommen und sind dann wochenlang durch die Stadt gelaufen und haben Unterschriften gesammelt. 1.500 sollten wir haben, 2.600 haben wir geschafft. Und wir haben dann insgesamt um die 55.000 Unterschriften für diese Petitionen gehabt.«

Gabriele R.-W.,
Omas gegen Rechts Erfurt



Sekundäre Viktimisierung

Gewalt wiederholt sich

Die Gewalterfahrung der Betroffenen beschränkt sich nicht auf eine einzelne Tat. Häufig gehen dieser Abwertung und Diskriminierung voraus. Und die Taten hinterlassen Spuren. Viele Betroffene berichten zudem davon, dass sie durch den Umgang von Institutionen mit ihnen erneut massiv belastet werden. Durch Zweifel an ihren Schilderungen, durch fehlende Anerkennung ihrer Perspektive und durch die Relativierung des Geschehenen.

Um diese Erfahrungen besser zu verstehen, beteiligt sich *ezra* an mehreren wissenschaftlichen Studien. So haben das *IDZ*, der *VBRG* und *ezra* zwei Untersuchungen zu sekundärer Viktimisierung, also der »erneuten Opferwerdung« durchgeführt. Diese untersuchten, wie Betroffene den Kontakt mit Polizei und Justiz erleben.

Die Ergebnisse zeigten ein wiederkehrendes Muster: Viele der Befragten fühlten sich z. B. von der Polizei, oder vor Gericht, nicht ernst genommen, manche sogar selbst unter Verdacht gestellt. Diese Erkenntnisse haben eine breitere gesellschaftliche Debatte zu sekundärer Viktimisierung angestoßen.

Prof. Dr. Matthias Quent erläutert, dass Dunkelfeldstudien dieser Art wichtig seien, weil diese individuellen Erfahrungen der Betroffenen in den Eingangsstatistiken der Polizei nicht berücksichtigt würden.

»Mit der Studie war es erstmalig möglich diesem Einzelfall-Narrativ empirisch fundiert zu widersprechen und näher aufzuklären, was die detaillierten Mechanismen sind, was mit den Betroffenen passiert und zu zeigen, dass das eben keine individuellen Erfahrungen sind, sondern letztlich übergreifende und damit gesellschaftliche und politische Phänomene.«

Prof. Dr. Matthias Quent,
Mitverfasser der Studie als
damaliger Leiter des IDZ



2015/2016

Rassistische Gewalt eskaliert

In den Jahren 2015, 2016 und danach wurde noch einmal auf erschreckende Weise deutlich, wie weit rechte, rassistische und antisemitische Gewalt gehen kann: Brand- und Sprengstoffanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete – der rassistisch motivierte Anschlag am *Olympia-Einkaufszentrum* in München – die Ermordung von Walter Lübcke – das antisemitisch, rassistisch und misogyn motivierte Attentat in Halle – und der rassistische Anschlag in Hanau. Auch in Thüringen nahmen rassistische Mobilisierungen zu, Angriffe häuften sich, und die Beratungszahlen von *ezra* stiegen stark an. Hinter jeder Zahl dieser Statistik, steht die Geschichte angegriffener Menschen, die aufgrund ihrer vermeintlichen Herkunft, ihres Aussehens oder ihrer Zugehörigkeit Gewalt erfahren haben.

Eine dieser Geschichten führte uns nach Greiz, wo Sibongile F., eine Krankenpflegerin, von rassistischen Täter*innen angegriffen und schwer verletzt wurde. Und auch heute, viele Jahre später, erlebt sie immer noch und immer wieder Rassismus.

»I think the racism is growing in Germany, it's really growing, they are treating us, especially the black people, very bad.«

Sibongile F., eine Krankenpflegerin

Gespräche mit Beratungsnehmenden, ihre Resilienz und Vielschichtigkeit beeindrucken uns immer wieder in unserer täglichen Arbeit, so auch Sibongile, die sagt: *»I'm proud of my skin, it's okay. I don't have 'Falten', I love my skin. [...] I support myself. [...] When I started to go to ezra, to work with ezra, I started really to have really power, Theresa told me that, don't be afraid.«* Danke Sibongile, für dein Vertrauen!

Say their names

Erinnerung an die Todesopfer rechter Gewalt

Rechte Gewalt kann töten – das zeigen auch die mindestens zehn dokumentierten Todesfälle rechter Gewalt seit 1990 in Thüringen. Und sie hinterlässt Spuren, die über Generationen wirken. Deshalb ist das Erinnern an Todesopfer rechter Gewalt ein zentraler Bestandteil der Arbeit von *ezra* geworden.

Erinnerung ist dabei mehr als der Blick in die Vergangenheit und die Namen der Verstorbenen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Sie bedeutet, den Hinterbliebenen Solidarität zu zeigen. Und sie bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, gesellschaftliche Debatten zu führen, um die Ideologie und die Strukturen hinter diesen Taten sichtbar zu machen und Ableitungen zu treffen, um rechter Gewalt konsequent entgegenzuwirken. Deshalb erinnern wir z. B. auf Social Media und mit Gedenkveranstaltungen an die Verstorbenen. Ein wichtiger Erfolg war die Überprüfung der Thüringer Todesopfer seit 1990, die *ezra* lange gefordert hat und die 2026 mit der Veröffentlichung des Gutachtens abgeschlossen wurde.

Neue Herausforderungen

Pandemie, sich verschärfender

Antisemitismus und digitale Gewalt

Die Arbeit von *ezra* muss immer wieder auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. So brachte auch die Corona-Pandemie neue Dynamiken hervor: Weit verbreitete Verschwörungserzählungen, neue Protestbewegungen und eine zunehmende Vermischung unterschiedlicher extrem rechter und demokratiefeindlicher Milieus.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist zudem ein deutlicher Anstieg antisemitischer Vorfälle zu beobachten – auch in Thüringen. Für viele jüdische Menschen bedeutet das eine erneute Verschärfung ihrer Lebensrealität und existenzielle Sorgen um ihre Sicherheit.

»Einschneidend war der 7. Oktober 2023 für uns. Das war aus meiner Sicht das Schlimmste, was nach 1945 der jüdischen Gemeinschaft angetan wurde [...]. Wir sind sehr traurig. Ganz einfach traurig. [...].«

Prof. Dr. Reinhard Schramm, Vorsitzender der jüdischen Landesgemeinde Thüringen



Prof. Dr. Schramm verdeutlicht weiterhin die erschütternde Realität von Jüdinnen und Juden in Deutschland im Jahr 2026: *»Wenn heute ältere Juden vor der Synagoge, vor dem Gottesdienst, nicht einen Polizisten mit Waffe sehen, gehen sie nicht in die Synagoge, weil sie Angst haben.«*

Gleichzeitig breitet sich Gewalt im digitalen Raum immer weiter aus. Hate Speech, Bedrohungen und gezielte Angriffe im Netz – die eng mit dem analogen Raum verwoben sind – sind für viele Betroffene Teil ihres Alltags geworden. Mit der Gründung von *elly* wurde deshalb eine spezialisierte Beratungsstelle für digitale Gewalt aufgebaut.

Berna Uluçay fährt fort: *»Aber auch bei aus dem Kontext gerissenen Videos oder manipulierte Videos, und in diesem Sinne auch Fake News. Dabei handelt es sich häufig um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, was bedeutet, dass die Person nicht nur auf Grund persönlicher Merkmale beleidigt oder angegriffen wird, sondern wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Das heißt, dass sie zum Beispiel rassistische, sexistische, antisemitische oder queerfeindliche Kommentare oder Beleidigungen bekommt.«*

»Wir beraten bei ganz vielen unterschiedliche Formen von Hate Speech, die z. B. über Social Media kommt, über private Nachrichten oder Kommentarspalten ...

Berna Uluçay, Projektleiterin von der Hatespeech-Beratungsstelle *elly*



Wir sind da, wenn es zählt

Auch organisatorisch hat sich *ezra* verändert. Mit dem *re:solut e. V.* entstand eine neue Trägerstruktur. Mit der Regionalstelle für Ostthüringen in Gera wurde ein weiterer Schritt gegangen, um Beratung stärker regional aufzustellen. So können wir Betroffene vor Ort schneller und unkomplizierter unterstützen. Und wir sind näher an unseren Kooperationspartner*innen. So lernten wir in Altenburg Mohamad Akef Otari, den Vorsitzenden des *ABLI e. V.*, kennen. Anlass war ein Brandanschlag auf die Räumlichkeiten der Migrant*innenselbstorganisation. Was als Beratung begann, hat sich zu einer wichtigen Zusammenarbeit in der Region entwickelt: *»Es ist nicht nur bei der Begleitung nach dem Brandanschlag geblieben. [...] Dann kam der nächste Schritt: Die Weiterbildung und Schulungen, die wir mit unserem Verein angeboten haben. Wir haben neue Ansprechpartner gewonnen, damit die Opfer nicht alleine bleiben.«*

Wenn wir heute auf diese 15 Jahre zurückblicken, dann sehen wir viele unterschiedliche Momente. Schwere Momente. Aber auch Momente von Unterstützung. Von Solidarität. Von Engagement. Von Menschen, die gesagt haben: Wir schauen nicht weg.

ezra ist nie nur eine Beratungsstelle gewesen. *ezra* ist immer auch Teil eines Netzwerkes – aus Betroffenen, Unterstützer*innen, Initiativen, Wissenschaft, Politik, Kirche und vielen engagierten Menschen. Wir danken allen, die den Weg mit uns gegangen sind und weitergehen. Wir danken unseren Beratungsnehmenden für das Vertrauen, dass sie uns schenken.

Die Zeiten werden nicht leichter, die Herausforderungen nicht weniger: Gerade jetzt steht unsere Arbeit und die viele unserer Kolleg*innen und Partner*innen unter Druck. Auf Landes- und Bundesebene gibt es Pläne, die Demokratietarbeit umzustrukturieren – mit der Folge, dass wichtige Projekte und Unterstützungsangebote in Frage gestellt oder gekürzt werden. Unsere Kolleg*innen der Mobilen Beratung in Sachsen-Anhalt wissen nicht, ob sie nach der Landtagswahl im September ihre Arbeit fortführen können. Sie stehen stellvertretend für die vielen Träger, für die die aktuellen politischen Verhältnisse und Entwicklungen enorme Unsicherheit schaffen. Und auch für uns sind das Belastungen, wie wir sie bei *ezra* in den vergangenen 15 Jahren so noch nicht erlebt haben.

Und dennoch gilt: Aufgeben ist nicht. Wir werden alles daransetzen, Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen weiter professionell beraten und unterstützen zu können. ◀



Mohamad Akef Otari, Vorsitzender des *ABLI e. V.*



Theresa Lauß, *ezra*-Projektleiterin; Anne Tahirovic, Katharina König-Preuss, Katharina Passolt, *re:solut* Vorstand*innen



Julia Lange, Netzwerk Demokratiebildung Thüringen und
Friederike Theile, Landesfrauenrat

Abendliches Fest
in der *Offenen
Arbeit* Erfurt



Von der Beratung in die Projektleitung

Gehen und Bleiben



Seit Anfang Mai bin ich Projektleitung bei *ezra*, nach über elf Jahren als Beraterin. Ehrlich gesagt: Das war kein einfacher Schritt. Und es ist ein seltsamer Abschied: Ich bleibe hier und trotzdem lasse ich etwas los, das mich ein Drittel meines Lebens begleitet und geprägt hat.

Beratung war für mich (und sicher auch für uns als Team) nie nur ein Job, sondern eine konkrete Möglichkeit an der Seite von Menschen zu stehen, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen sind. Gegen gesellschaftliche Entwicklungen und Ohnmacht anzuarbeiten – manchmal ganz praktisch oder im Kleinen – ist dabei auch Teil unserer Arbeit. Diese ist geprägt von Frustration, Wut und Erschöpfung, aber genauso von Solidarität, Vertrauen und den Momenten, in denen sich zeigt, dass Unterstützung doch einen Unterschied machen kann.

Ein Danke geht dabei besonders an die Beratungsnehmenden, die mir und uns ihr Vertrauen geschenkt und uns mit ihrem Mut und Durchhaltevermögen beeindruckt haben. Das wird auch mit dem Wechsel bleiben.

Was gehen wird (zumindest im Zusammenhang mit *ezra*) sind die Begegnungen, Gespräche und die vielen Kilometer durch Thüringen. Vielleicht fällt mir der Abschied von den Regionen, in denen ich lange für die Beratungsarbeit zuständig war, am schwersten. Thüringen ist schon immer mein Zuhause. Die unzähligen Fahrten durchs Land, Gespräche und Veranstaltungen in kleinen Orten, mit engagierten

Menschen, die sich – fast immer unter schwierigen Bedingungen – dafür entschieden haben, zu bleiben. Auch das hat die Arbeit für mich ausgemacht. Und diese Arbeit endet ja nie an der Bürotür. Sie bedeutet auch, Menschen ins Gericht zu begleiten, an Orte zurückzukehren, an denen sie Gewalt erlebt haben oder dort Gesicht zu zeigen, wo Täter präsent sind. Manchmal belastend und mit persönlicher Unsicherheit verbunden, aber immer an der Seite der Betroffenen.

Mit meinem Neuanfang geht auch mein langjähriger Kollege Franz Zobel. Als ich 2014 als Praktikantin angefangen habe, war er mein Praktikumsbetreuer, ein halbes Jahr später schon Kollege und über all die Jahre hinweg eine wichtige Bezugsperson im Team. Wenn ich darüber nachdenke, haben wir in den vergangenen 12 Jahren mehr Zeit miteinander verbracht als mit vielen anderen Menschen in unserem Leben. Gemeinsam haben wir unzählige Beratungsnehmende begleitet, Orte besucht, schwierige Situationen ausgehalten, diskutiert, gestritten, versöhnt und gelernt. Unendlich viele Anekdoten gibt es zu erzählen. Für all das – und für sein Vertrauen, seine Ideen, die klare Haltung und dafür, immer einen Witz parat zu haben – bin ich ihm dankbar.

Die erste Entscheidung in der neuen Rolle wurde mit Augenzwinkern schon gleich am Anfang getroffen: Mein Schreibtisch bleibt – trotz oder gerade wegen vieler Veränderungen – derselbe. ◀ [Theresa Lauß](#)

CHRONIK VON ANGRIFFEN

Neben der Beratung ist das Monitoring rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten eine zentrale *ezra*-Aufgabe. Seit der Gründung der Opferberatungsstelle 2011 wird jährlich eine Statistik veröffentlicht, die trotz vermuteter hoher Dunkelziffer ein realistischeres Bild des Ausmaßes rechter Gewalt in Thüringen zeichnen soll. In dieser werden Fälle mit einem rechten, rassistischen oder antisemitischen Motiv gezählt. Zu den rechten Tatmotiven zählen u. a. Queerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und die Abwertung politischer Gegner*innen. Hier ist *ezra* für die Beratung physischer Gewalttaten (Körperverletzungen, (versuchte) Tötungen), Bedrohungen und massiven Sachbeschädigungen zuständig – diese fließen in die Statistik ein.

ezra arbeitet nach Qualitätsstandards, die durch den *Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt (VBRG)* festgelegt werden. Diese orientieren sich an der Definition des Bundeskriminalamts zu »Politisch motivierter Kriminalität – rechts«.

Dass sich veröffentlichte Zahlen von *ezra* und staatlichen Stellen (z. B. dem Landeskriminalamt) unterscheiden, hat diverse Gründe. U. a. dass *ezra* auch massive Bedrohungen zählt. Zudem spielt die Perspektive der Betroffenen eine zentrale Rolle. Außerdem werden Fälle erfasst, die aus Angst vor Rache, fehlendem Vertrauen in staatliche Institutionen oder aufgrund unsicherer Aufenthaltstitel nicht zur Anzeige gebracht werden.

Auf der *ezra*-Webseite findet sich ergänzend eine Chronik rechter Vorfälle. Nicht alle dort veröffentlichten Fälle fließen in die Statistik ein. So umfasst die Chronik auch Fälle rechter Raumnahme, um zu verdeutlichen, dass rechte Gewalt durch gesellschaftliche Stimmung legitimiert wird. Auf den folgenden Seiten finden sich Fälle aus der *ezra*-Chronik. ◀

www.ezra.de/chronik



Langenleuba-Niederhain

Hakenkreuze in Klassenzimmer geschmiert und Hitlergruß gezeigt

6.1.2026

Ein 12-jähriger Schüler beschmierte das Klassenzimmer mit Hakenkreuzen und zeigte im Unterricht den Hitlergruß.

Quelle: OTZ

Saalfeld

Brandsätze, Hakenkreuze und Naziparolen gegen alternative Räume

13.1.2026 – 14.1.2026

In Saalfeld wurden mehrere Gebäude der linken und alternativen Szene, darunter der Schlossberg und das Klubhaus, mit Brandsätzen angegriffen und mit Hakenkreuzen, Naziparolen und dem Kürzel »LVW« für »Letzte Verteidigungswelle« beschmiert.

Quelle: *Die Linke* im Thüringer Landtag, Pressemitteilung

Weimar

Sexistische Beleidigung, rechte Parolen und körperlicher Angriff

29.1.2026

Ein 33-jähriger Mann belästigte am Theaterplatz zunächst eine Gruppe Frauen mit sexistischen Ausdrücken. Ein 26-jähriger kam den Frauen zu Hilfe und wurde von dem Angreifer ins Gesicht geschlagen. Die Gruppe rief die Polizei und konnte den Täter bis zu deren Eintreffen festhalten. Dieser schrie währenddessen verfassungsfeindliche Parolen. Als die Polizisten eintrafen, schlug der Mann ums ich und traf dabei einen Beamten am Kopf.

Quelle: Landespolizeiinspektion Jena, Presseportal

Gera

Montagsdemo – Bedrohung eines Pressefotografen

2.2.2026

Am Rande des wöchentlichen, rechten Demonstrationsgeschehens in Gera wurde ein Pressefotograf von einem der Teilnehmenden bedroht.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Erfurt

Taxifahrer geschlagen und rassistisch beleidigt

7.2.2026

Ein 51-jähriger Deutscher griff einen 35-jährigen irakischen Taxifahrer an, verweigerte die Bezahlung der Fahrt und beleidigte den Fahrer rassistisch. Anschließend schlug er dem Fahrer mit der Faust ins Gesicht und beschädigte dessen Handy.

Q.: Landespolizeiinspektion Erfurt, Presseportal

Erfurt

Rassistisch beleidigt und schwer verletzt

11.2.2026

Ein 23-jähriger Mann äthiopischer Herkunft wurde nachts in der Nähe der Straßenbahn-Wendeschleife »An den Graden/Fischersand« mit einem Gegenstand schwer im Gesicht und an der Hand verletzt. Der bzw. die Angreifer beleidigten ihn dabei rassistisch.

Quelle: *Thüringer Allgemeine*

Weimar

Mit Messer bedroht und rassistisch beleidigt

23.2.2026

Drei Männer wurden in der Marcel-Paul-Straße im Norden Weimars von einem unbekannten Mann mit einem Messer bedroht. Einer der drei (25 Jahre alt, Migrationshintergrund), wurde von dem Täter dabei rassistisch beleidigt.

Quelle: *Thüringer Allgemeine*

Fretterode

Erneuter Angriff auf Journalist*innen in Fretterode durch den Heise-Clan

25.3.2026

Drei Journalist*innen wurden vor dem Anwesen des Neonazis Thorsten Heise von Heise selbst und von Personen aus seinem Umfeld in Fretterode gewaltsam angegriffen. Dabei kam u. a. auch Reizgas zum Einsatz.

Quelle: *Thüringer Allgemeine*

Gera

Rassistische Bedrohung gegen Jugendlichen und seine Familie

27.3.2026

Einem Jugendlichen wurde in Anwesenheit seiner Eltern von dem Vater einer Mitschülerin gedroht, er werde seinen Hund auf ihn hetzen. Zudem wurde die Familie rassistisch beleidigt. In der Vergangenheit hatte der Hund bereits einen Freund des Jugendlichen in Anwesenheit der Mutter der Mitschülerin gebissen. Als die Familie den Ort verlassen wollte, blockierte der Täter ihr Auto mit seinem und setzte die rassistischen Beleidigungen fort. Die Bedrohung wirkt für den Jugendlichen bis heute nach und löst Stress und Angst aus.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Erfurt

Linker Jugendlicher brutal zusammengeschlagen

17.4.2026

Ein linker Jugendlicher wurde in der Nähe der Bahnhaltestelle Urbicher Kreuz von zwei Neonazis unter Verwendung eines Schlagrings brutal zusammengeschlagen.

Quelle: *Rotes Erfurt* auf Instagram

Hildburghausen

Mutter vor den Augen ihres Kindes brutal zusammengeschlagen

21.4.2026

Eine nigerianische Frau und ihr 10-jähriger Sohn wurden in der Coburger Straße zuerst rassistisch beleidigt und dann körperlich angegriffen. Die Frau wurde vor den Augen ihres Kindes so stark zusammengeschlagen, dass sie ins Krankenhaus gebracht werden musste. Erst nachdem Zeugen hinzukamen ließen die Angreifer von der Frau ab. Sie entwendeten jedoch noch ihren Rucksack mit Wertsachen.

Quelle: *InSüdthüringen*

Ilmenau

Rassistische Beleidigungen an einer Bushaltestelle

18.05.26

Als sich zwei Freund*innen an einer Bushaltestelle in Ilmenau auf chinesisch unterhielten, wurden sie von einer danebenstehenden Person wiederholt rassistisch beleidigt und aufgefordert, Deutsch zu sprechen. Erst als der Bus eintraf, hörte die Person mit den Beleidigungen auf.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

Mühlhausen

Person aufgrund von Engagement für LGBTIQ+ Community bedroht und beleidigt

20.5.2026

Eine Person, die sich für die Rechte der LGBTIQ+ Community einsetzt, wurde persönlich beleidigt, ihr wurde empfohlen »sich einschläfern zu lassen« und es wurden Schläge angedroht.

Quelle: Persönliche Kontaktaufnahme

»Ich dachte, okay, ich sterbe jetzt.«



Nach zehn Verhandlungstagen am Landgericht Erfurt zu einer Anklage u. a. wegen versuchten Mordes sowie versuchter Brandstiftung mit Todesfolge, endet das Verfahren gegen sechs Beschuldigte mit Verurteilungen u. a. wegen gefährlicher Körperverletzungen und der Feststellung, dass es sich eindeutig um ein »ausländerfeindliches« Tatmotiv gehandelt habe.

Die Anklage der Staatsanwaltschaft Erfurt war durch eine herausragende Arbeit der Ermittlungsbehörden entstanden. Die Schwurgerichtskammer unter Vorsitz von Richter Holger Pröbstel verurteilt den Hauptangeklagten – unter Einbeziehung weiterer Taten – zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und zehn Monaten und ordnet die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt an. Er hatte die Feuerwerksbatterie in das Zimmer der schlafenden Familie geworfen. Ein weiterer junger Mann, welcher ein Stück einer Gehwegplatte zuvor durch die Scheibe warf, erhielt eine Bewährungsstrafe. Vier weitere Beschuldigte werden verurteilt bzw. verwarnt. Sie haben Beihilfe geleistet.

Die geschädigte Familie – darunter eine Jugendliche – war durch den Nebenklagevertreter Philipp Köster im Verfahren vertreten und äußerte sich eindringlich in der Hauptverhandlung. Die minderjährige Tochter sagte, »Ich hatte Angst um mein Leben. Ich dachte, okay, ich sterbe jetzt.« Sie erlebte, wie ihre Mutter durch die enorme Rauchentwicklung im Zimmer nicht gefunden werden konnte. Beide fielen sich im Hof der Unterkunft in die Arme, die Mutter

war aus dem 2,20 m hochgelegenen Fenster gesprungen, um sich zu retten. Beide berichten von anhaltenden Folgen.

Die von den Tätern selbst angefertigten Tatvideos zeigen die Explosionen aus der Feuerwerksbatterie, im Hintergrund wird zustimmend gejoht. Auf der Hinfahrt hören die Täter extrem rechte Musik. Später werden die Videos im Freundeskreis herumgeschickt. Eine Geburtstagsfeier an einer Tankstelle hält als Gelegenheit her, die Tat umzusetzen. Es entsteht eine Tatgemeinschaft, niemand widerspricht oder widersetzt sich.

Die Beweisaufnahme zeigt eine präzise Ermittlungsarbeit der Polizei. Erschreckend sind die Funde, der durchsuchten Wohnräume und Fahrzeuge der Täter: explizite Bezugnahmen auf die extrem rechte Szene und diverse Angriffswerkzeuge. Die Aussagen der Security-Mitarbeitenden sind hervorzuheben: Im Fokus ihrer nächtlichen Schicht steht die Umsicht vor Anfeindungen und Attacken von außen. In der Nacht reagierten sie umgehend und verhinderten damit Schlimmeres.

Das Verfahren hinterlässt ein erschreckendes Bild einer normalisierten extrem rechten Einstellung bei jungen Erwachsenen und einer verfestigten rechten Hegemonie. So kann nur gehofft werden, dass das Urteil als deutliches Signal gegen die rassistische Tat verstanden wird. ◀

RÜCK- UND AUSBLICKE

17.04.2026

Fachtag zu Queerfeindlichkeit der bpb

Wir haben am 17. April am Fachtag »Queerfeindlichkeit: Rechtsextreme Mobilisierung zwischen Online-Hetze und Straßenpräsenz« teilgenommen, organisiert von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die Veranstaltung brachte über 300 Teilnehmende zusammen und bot ein vielfältiges Programm aus Fachvorträgen und einer Podiumsdiskussion. Im Fokus stand die zunehmende Verbreitung queerfeindlicher Narrative – sowohl im digitalen Raum als auch auf der Straße – und deren enge Verzahnung mit rechtsextremen Mobilisierungsstrategien.

Ein zentrales Anliegen des Fachtags war es, die Bedeutung queerer Sichtbarkeit zu unterstreichen. Veranstaltungen wie *Christopher Street Days (CSD)* oder andere öffentliche Formate wurden dabei nicht als »Sonderthemen« verhandelt, sondern als Ausdruck grundlegender demokratischer Werte – insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie des Schutzes von Minderheiten.

Wir haben in die Diskussion die Perspektiven aus unserer Beratungspraxis eingebracht und auf strukturelle sowie gesellschaftliche Herausforderungen aufmerksam gemacht, mit denen queere Menschen konfrontiert sind. Besonders deutlich wurde dabei die Bedeutung communitybasierter Arbeit: Viele CSDs



und andere queere Veranstaltungen werden von engagierten Einzelpersonen und Initiativen organisiert, die oft mit sehr begrenzten Ressourcen arbeiten und gleichzeitig vielfältigen Risiken ausgesetzt sind – von Anfeindungen bis hin zu konkreten Bedrohungslagen. Umso bemerkenswerter ist dieses Engagement: Allein im vergangenen Jahr wurden in Thüringen mehr als zehn CSDs organisiert. Diese Mobilisierungen sind Ausdruck von Solidarität, Mut und einem starken zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Defiziten im Umgang staatlicher Institutionen mit queerfeindlicher Gewalt. In unserer Beratung zeigt sich immer wieder, dass Betroffene nicht ernst genommen werden, Gewalt relativiert oder ihnen Mitschuld zugeschrieben wird (Victim Blaming). Hinzu kommen zahlreiche eingestellte Verfahren, ein häufig Täterzentrierter Ansatz sowie mangelnde Sensibilität im Umgang mit geschlechtlicher Identität, etwa durch die Verwendung falscher Pronomen.

Auch aus polizeilicher Perspektive wurden diese Probleme thematisiert. Diana Gläßer, Polizeibeamtin und Vertreterin des Vereins *Velspol*, kritisierte bestehende Einstellungen

und strukturelle Hürden innerhalb der Polizei. Gleichzeitig betonte sie die Notwendigkeit von Fortbildungen und institutionellen Veränderungen, um die Rechte queerer Menschen wirksam zu schützen und zu stärken. Der Fachtag hat deutlich gemacht, dass queere Sichtbarkeit und Sicherheit untrennbar mit der Verteidigung demokratischer Grundwerte verbunden sind – und dass es weiterhin konsequente Anstrengungen auf allen Ebenen braucht. ◀

26.05.2026

Gemeinsamer *Was tun-* Workshop in Eisenach mit *elly*

Verantwortungsübernahme durch kommunale Entscheidungsträger*innen. Eine Kooperation zwischen *ezra*, *elly* und der *Partnerschaft für Demokratie Eisenach und Wutha-Farnroda*.

Ineinandergreifen digitaler und analoger Gewalt.

In der Arbeit der Beratungsstellen *ezra* und *elly* zeigt sich immer wieder, dass digitale und analoge rechte Gewalt eng miteinander verbunden sind und sich gegenseitig verstärken können. So verbreiten sich Bedrohungen und Einschüchterungen beispielsweise online, wirken jedoch oft weit über den digitalen Raum hinaus. Umgekehrt setzen sich analoge Angriffe und Gewaltakte in sozialen Netzwerken, Messenger-Diensten oder Foren fort.

Auch wenn Angriffe meist eine überschaubare Anzahl von Personen betreffen, gelten sie doch in der Regel als Angriff auf eine ganze Community. Wenn der analoge und digitale Raum dabei verstärkend ineinandergreifen, kann es für die Bewältigung der Situation von Betroffenen hilfreich sein, wenn auch die Arbeit von *ezra* und *elly* eng ineinandergreift. Im Folgenden wird beispielhaft dargestellt, wie eine solche Zusammenarbeit aussehen kann.



»Lokale Intervention« – was bedeutet das?

Soweit es dem Wunsch der betroffenen Personen entspricht, ist eine lokale Intervention eine mögliche Form der Unterstützung durch *ezra* und *elly*. »Lokale Intervention« bezeichnet das zeitlich begrenzte, anlassbezogene, planvolle und zielgerichtete Eingreifen in einem lokal begrenzten Gebiet. Es bedeutet, in ein Gemeinwesen aus der Perspektive der Betroffenen zu wirken. Dabei werden die vor Ort vorhandenen Ressourcen aktiviert oder bei Bedarf Unterstützung von außen geholt.« Qualitätsstandards VBRG

Konkret, was hat stattgefunden?

Seit Anfang 2025 arbeitet die *PfD Eisenach und Wutha-Farnroda* im Rahmen der Koordinierungsgruppe *Zivilgesellschaft stärken und schützen* eng mit den Beratungsstellen *ezra* und *elly* zusammen. In der Koordinierungsgruppe kommen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Polizei zusammen, um aktuelle lokale Entwicklungen zu analysieren und Handlungs- und Schutzkonzepte für demokratisch Engagierte weiterzuentwickeln.

»Die enge Zusammenarbeit mit spezialisierten Beratungsstellen wie *ezra* und *elly* ist dabei von besonderer Bedeutung. Sie ergänzt die strategische Arbeit der Koordinierungsgruppe durch fachliche Expertise und konkrete Unterstützungsangebote für Betroffene rechter Gewalt.« Ann-Kristin Stegmann – Koordinierungsstelle *PfD Eisenach & Wutha-Farnroda*

Vor diesem Hintergrund führten wir am 26. Mai 2026 mit der *PfD* eine Fachveranstaltung zum Thema »Beratung nach rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen« durch. Es sollte um Unterstützung für Betroffene und Handlungswissen für Fachkräfte gehen. Teilgenommen haben Vertreter*innen u. a. aus Verwaltung, Polizei, Quartiersarbeit, Erwachsenenbildung und Familienhilfe. Somit wurden lokale und überregionale Verantwortungsträger*innen für die Bedarfe und möglichen Perspektiven von Betroffenen sensibilisiert. ◀

28.05.2026

Anerkennung und Sichtbarkeit für die Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen

Mit dem Gutachten »Todesfälle mutmaßlich rechter Gewalt in Thüringen seit 1990« bestätigt eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung der Forschungsgruppe um Prof. Dr. Christoph Kopke und Susanne Willems, was Angehörige, Journalist*innen und zivilgesellschaftliche Initiativen seit Jahren benennen: In Thüringen gibt es mindestens zehn Todesopfer rechter Gewalt. Dennoch steht ihre staatliche Anerkennung bis heute aus.

Als Gewaltopferberatung hat *ezra* die Überprüfung als Teil eines Beirats begleitet: Im Fokus stehen für uns die einzelnen Menschen, die aus dem Leben gerissen wurden: Heinz Mädels, Ireneusz Szyderski, Karl Sidon, Rolf Baginski, Axel Urbanietz, Hartmut Balzke, Oleg Valger, Klaus-Peter Kühn, Jana G. und Mario K. – sowie ihre Angehörigen, Freund*innen und Communities, denen seit Jahren Aufklärung und staatliche Anerkennung verwehrt ist. Anträge auf Entschädigungsleistungen haben mit einer erfolgten Anerkennung größere Erfolgsaussichten. Auch ein würdiges, offizielles Gedenken bleibt eine Leerstelle.

Das Gutachten bestätigt zugleich die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft. Ohne Initiativen vor Ort, die recherchieren, Gerichtsverfahren begleiten, an die Ermordeten erinnern und der Entpolitisierung rechter Gewalt widersprechen, wären viele dieser Fälle nie erneut untersucht worden. Ihre Arbeit trägt entscheidend dazu bei, dass die Perspektive der Betroffenen sichtbar bleiben – auch weil fachlich spezialisierte Journalist*innen die Recherchen aufgreifen, vertiefen und zusammenführen.

Kritikwürdig ist der Umgang des Thüringer Innenministeriums mit dem Gutachten.

In der veröffentlichten Fassung wurden nicht nur personenbezogene Daten geschwärzt, sondern auch bereits öffentliche Informationen sowie die Namen der Verstorbenen. Dies erschwert das sinnverstehende Lesen des Gutachtens erheblich. Ausgerechnet diejenigen Menschen, deren Geschichte sichtbar werden soll, werden dadurch erneut unsichtbar gemacht. Ebenso kritisiert *ezra*, dass Angehörige vor der Veröffentlichung nicht informiert wurde. Sie wurden nicht frühzeitig einbezogen und über Beratungs- und Entschädigungsmöglichkeiten in Kenntnis gesetzt.

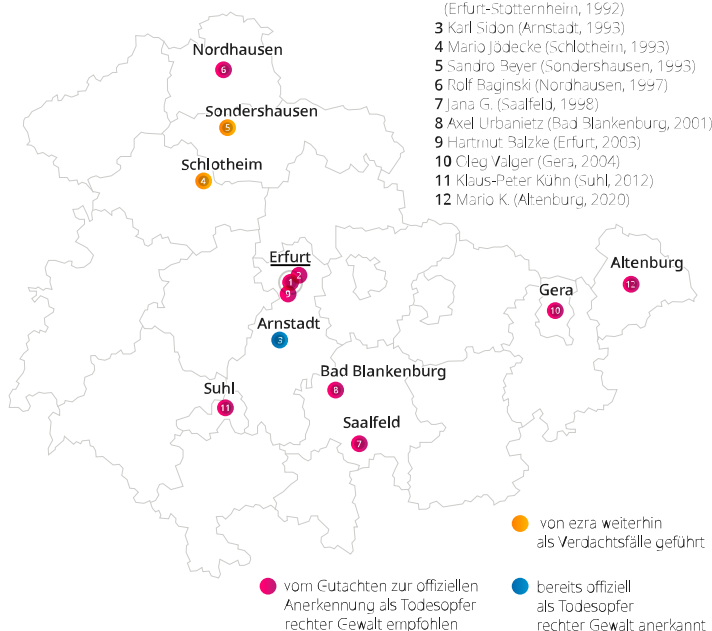
Der Umgang mit (potentiell) tödlichen rechten Angriffen ist jedoch nicht nur eine Frage der Vergangenheit. Rechte Gewalt richtet immer auch eine Botschaft an die Gruppen, denen die Angegriffenen und Ermordeten zugeschrieben werden: migrantische Communities, Menschen mit Behinderung, wohnungslose Menschen und andere von (extrem) rechter Ideologie abgewertete Gruppen. Das Gutachten zur Überprüfung der Todesopfer zeigt, dass Betroffene und Angehörige häufig früh erkennen, warum sie angegriffen wurden – sie verstehen die Botschaft der Täter*innen. In der Beratung erleben die *ezra*-Berater*innen immer wieder, dass Menschen

rechte Angriffe als existentiell erleben und sich mit Todesängsten auseinandersetzen müssen.

Diese Perspektive spielt in den bisherigen Ermittlungs- und Bewertungsverfahren jedoch eine zu geringe Rolle. Die Macht darüber zu entscheiden, was geschehen ist, liegt bislang fast ausschließlich bei staatlichen Behörden und Institutionen. Werden rechte Tatmotive von diesen nicht als solche erkannt oder benannt, hat das weitreichende Folgen: Strafverschärfende Tatmotive werden mitunter nicht berücksichtigt, die gesellschaftliche Dimension rechter Gewalt bleibt unterbelichtet und Betroffene erleben erneut, dass ihre Wahrnehmung nicht ernst genommen wird. Wir sprechen hier von sekundärer Viktimisierung.

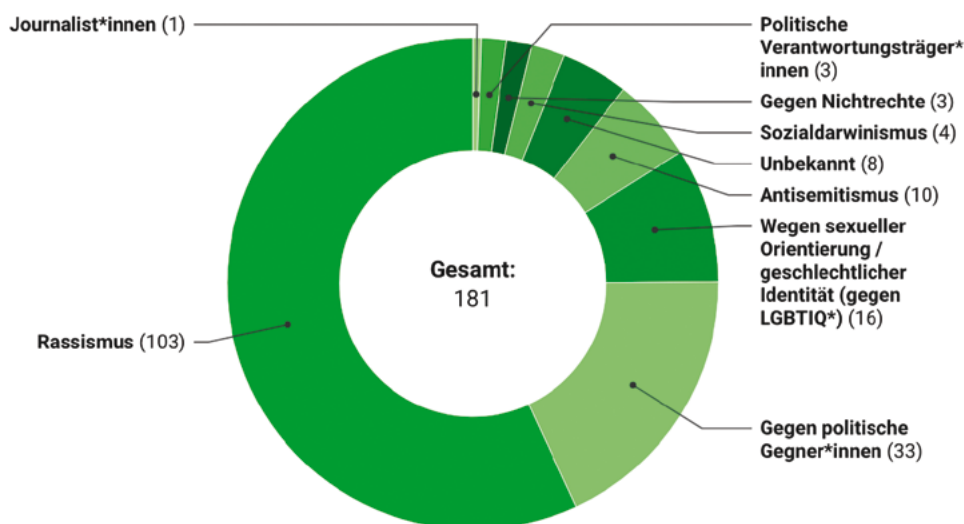
ezra fordert daher – auf Grundlage der im Gutachten festgestellten Befunde und aufgestellten Handlungsempfehlungen – die Perspektiven von Betroffenen und Angehörigen systematisch und stärker als bisher in Ermittlungen und das kriminalpolizeiliche Meldesystem einzubeziehen. Sie dürfen nicht länger eine Fußnote sein, sondern müssen ein zentraler Bestandteil der Bewertung rechter Gewalttaten werden. ◀

TODESOPFER RECHTER GEWALT NACH TATORTEN



Grafik: Felix Hille

Tatmotive 2025



03.06.2026

Vorstellung der *ezra*-Jahresstatistik 2025:

Rechte Gewalt bleibt auf alarmierend hohem Niveau – die Hemmschwellen sinken

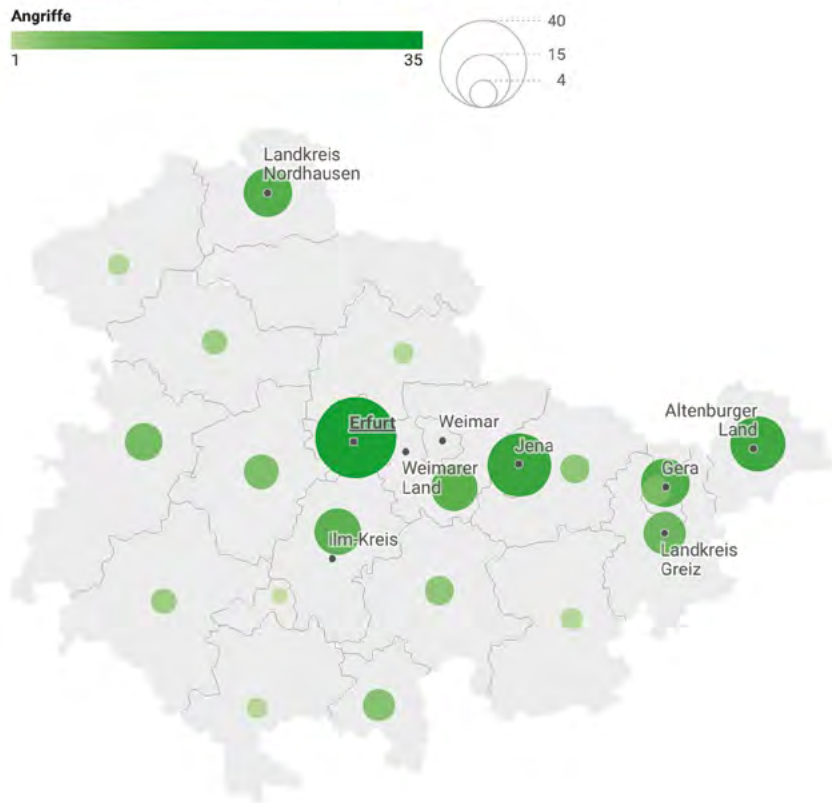
Im Juni stellte *ezra* die Jahresstatistik für das Jahr 2025 zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen vor. Diese zeigt: Auch wenn der 2024 registrierte Höchststand rechter Angriffe nicht wieder erreicht wurde, bleibt das Ausmaß rechter Gewalt im Freistaat alarmierend hoch. Insgesamt erfasste *ezra* im Rahmen des unabhängigen Monitorings 181 rechte, rassistische und antisemitische Angriffe. Mindestens 292 Menschen waren direkt betroffen oder wurden mit angegriffen, darunter 24 Kinder und 20 Jugendliche. Damit ereigneten sich auch 2025 mehr als drei rechte Gewalttaten pro Woche in Thüringen.

Wie bereits in den Vorjahren war Rassismus mit 103 Angriffen das häufigste Tatmotiv und machte mehr als die Hälfte aller registrierten

Fälle aus. Daneben dokumentierte *ezra* zahlreiche Angriffe auf politische Gegner*innen (33), queerfeindliche (16) sowie antisemitische (10) Gewalttaten. Die Statistik verdeutlicht damit erneut, dass sich rechte Gewalt gegen sehr unterschiedliche Betroffenenengruppen richtet und Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichwertigkeitsvorstellungen bleibt.

Unser unabhängiges Monitoring zeigt: Rechte Gewalt hat sich in Thüringen seit dem Ende der Corona-Maßnahmen auf einem besorgniserregend hohen Niveau verstetigt. Die Hemmschwellen, Menschen zu bedrohen, oder körperlich anzugreifen, sinken. Für viele Betroffene ist das Erleben rechter Gewalt längst kein Ausnahmeereignis mehr, sondern ein alltägliches Risiko – im öffentlichen Raum, im Wohnumfeld oder auf dem Weg zur Arbeit. Besonders besorgniserregend bleibt die Brutalität zahlreicher Angriffe, bei denen schwere Verletzungen oder sogar der Tod von Menschen bewusst in Kauf genommen werden. Fatal ist, dass sich die Mehrheitsgesellschaft und auch politische Vertreter*innen in Thüringen (und im ganzen Bundesgebiet) an diese Entgrenzung und Eskala-

Angriffe nach Landkreisen 2025



lation rechter Gewalt zu gewöhnen scheinen. So blieben Reaktionen der Regierungsparteien auf die Veröffentlichung der Statistik aus. Dies kann von den Betroffenen rechter Gewalt als Signal gedeutet werden, dass ihre Gewalterfahrungen nicht genügend Anerkennung erfahren und keine Maßnahme zum Schutz weiterer (potenziell) Betroffener abgeleitet werden.

Durch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von der Partei *Die Linke* zu den vom Bundeskriminalamt (BKA) erfassten rechten Gewalttaten im Jahr 2025 im Bundesgebiet, wurden *ezra* für Thüringen zusätzlich 83 Verdachtsfälle bekannt. Diese wurden bislang nicht in die unabhängige Statistik aufgenommen und werden nun geprüft. Zudem zeigen die Zahlen des BKA, dass Thüringen im bundesweiten Vergleich erneut zu den Bundesländern mit den meisten rechtsmotivierten Gewalttaten zählt. Und hier sprechen wir nur vom sogenannten Hellfeld, also den bekanntgeworde-

nen Angriffen – darüber hinaus ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen. Gründe dafür sind z. B., dass Menschen Angriffe nicht anzeigen, weil sie schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben, oder dass rechte Tatmotive durch die Behörde nicht erkannt werden.

Die Jahresstatistik macht zugleich sichtbar, wie wichtig langfristige Unterstützung für Betroffene ist. Im Jahr 2025 erbrachte *ezra* thüringenweit 888 Unterstützungsleistungen – von Beratungsgesprächen über Begleitungen in Gerichtsverfahren bis hin zur Vermittlung von anwaltlicher, medizinischer oder psychotherapeutischer Hilfe. Viele Betroffene werden über Jahre hinweg begleitet. Die professionelle Betroffenen- und Opferberatung ist deshalb kein punktuell angebot, sondern auf verlässliche und dauerhaft abgesicherte Strukturen angewiesen.





04.06.2026

Traumاسensible Versorgung stärken

Austausch und Vernetzung
beim Traumasymposium

Netzwerk- und Verweissarbeit sind zentrale Bestandteile unserer Beratungsarbeit. Beratungsstellen, Organisationen, medizinische Einrichtungen sowie Ärzt*innen und Psycholog*innen bilden wichtige Komponenten der Versorgungsstrukturen für Betroffene rechter Gewalt. Neben den unmittelbaren körperlichen Folgen können rechte Gewalttaten erhebliche psychische Belastungen und Traumafolgen verursachen, die eine traumasensible medizinische und psychologische Unterstützung erfordern. Gleichzeitig ist das Versorgungssystem vielerorts stark belastet, sodass Betroffene nicht immer zeitnah passende Hilfsangebote finden. Umso wichtiger ist es, bestehende Netzwerke zu pflegen, neue Kontakte zu knüpfen, unsere Arbeit und die Bedarfe der Betroffenen sichtbar zu machen sowie potenzielle Kooperationspartner*innen kennenzulernen.

Aus diesem Grund nahmen wir am 4. Juni 2026 am Traumasymposium als Mitglied des *Thüringer Traumanetzwerks* in Jena teil. Das Symposium wurde organisiert, um einen fachlichen Impuls zur traumasensiblen Arbeit zu geben und die Mitglieder des Netzwerks zusammenzubringen. Darüber hinaus bot es Gelegenheit zum fachlichen Austausch, zur Vernetzung und zur Weiterentwicklung gemeinsamer Unterstützungsstrukturen für Betroffene in Thüringen. Die gewonnenen Kontakte und Impulse tragen dazu bei, die Zusammenarbeit mit relevanten Akteur*innen weiter auszubauen und Betroffene künftig noch gezielter an geeignete Unterstützungsangebote zu vermitteln. ◀



16.06.2026

Thüringer Zustände 2025 veröffentlicht

Am 16. Juni haben wir gemeinsam mit *MOBIT*, dem *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)* und *KomRex (Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Uni Jena)* die fünfte Ausgabe der *Thüringer Zustände* veröffentlicht. Die Publikation analysiert und zeichnet nach, wie sich Positionen der extremen Rechten zunehmend normalisieren und welche Folgen dies für Demokratie, Betroffene rechter Gewalt und Zivilgesellschaft in Thüringen hat.

Die Beiträge zeigen, dass demokratische Grundwerte und Minderheiten zunehmend unter Druck geraten. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen werden angegriffen und delegitimiert, während sich menschenfeindliche Positionen immer stärker im öffentlichen Diskurs etablieren. Diese Normalisierung extrem rechter Ideologien schafft ein Klima, in dem Ausgrenzung und Gewalt begünstigt werden.

ezra ist mit drei Beiträgen vertreten: Wir stellen die Ergebnisse unseres unabhängigen



*Thüringer Zustände
2025 – Layout:
Felix Hille*

Monitorings rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im Jahr 2025 vor, beleuchten den rassistischen Angriff auf internationale Studierende an der *TU Ilmenau* vom 10. April 2025 und greifen die wissenschaftliche Überprüfung rechter Todesopfer in Thüringen auf. Diese bestätigt die langjährige Forderung nach der Anerkennung weiterer Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen – und empfiehlt insgesamt zehn Todesopfern rechter Gewalt anzuerkennen (mehr Infos dazu finden sie im Text »*Anerkennung und Sichtbarkeit für die Todesopfer rechter Gewalt in Thüringen*« in dieser Ausgabe, S. 23). *Die Thüringer Zustände 2025* machen deutlich, dass eine starke Zivilgesellschaft und solidarische Unterstützung für Betroffene wichtiger denn je sind. ◀



20.06.2026

Vielfalt feiern, Haltung zeigen

Das Demokratiefest in Sonneberg

An einem sehr warmen und sonnigen Sommertag sind wir in eine Region Thüringens gefahren, die Heimat zweier sehr unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Weltanschauungen ist: Auf der einen Seite stehen Menschen, die sich für demokratische Werte und gegen rechte Gewalt einsetzen, auf der anderen Seite Menschen, die demokratisches Engagement erschweren, Unsicherheit für die Engagierende schaffen und sich gegen Vielfalt stellen.

Am 20.06.2026 fand das *Demokratiefest* in Sonneberg statt. Viele Menschen sind zusammengekommen, um zu feiern, gemeinsam zu



essen, gute Musik zu genießen und zu zeigen, wie wichtig ihnen der Schutz demokratischer Werte ist. Das Fest konnte nur durch das Engagement vieler leidenschaftlicher und ehrenamtlich aktiver Menschen stattfinden, die viel Zeit, Mühe und eigene Ressourcen investiert haben. Gerade in einer Region, in der der erste *AfD*-Landrat gewählt wurde, sind solche Feste ein wichtiges Signal: »*Wir sind hier.*« »*Wir setzen uns für Vielfalt, Akzeptanz und Solidarität ein.*«

Auf dem Fest haben wir nicht nur einen Infostand betreut, sondern auch Betroffene und potenziell Betroffene rechter Gewalt getroffen. Wie bei vielen Vorfallsmeldungen wurde auch hier deutlich, welche Bedeutung es für Betroffene hat, ernst genommen zu werden und Solidarität zu erfahren. Und gleichzeitig ist es auch für uns immer wieder sehr inspirierend mit so vielen engagierten Menschen zusammenzukommen, die sich trotz widrigster Bedingungen nicht unterkriegen lassen und gegenseitig stärken. Für uns ist klar: Regionale, demokratische Initiativen müssen gestärkt werden und sichtbar sein – sie machen vielen (potenziell) Betroffenen rechter Gewalt Mut. ◀



30.06.2026

Netzwerktreffen Jüdisches Leben in Thüringen – Die Gefahr ist immer präsent

Zweimal im Jahr besuchen wir das *Netzwerktreffen für Jüdisches Leben* in Thüringen. Wir freuen uns immer darauf, da wir somit einen kleinen Einblick in das reiche gesellschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle jüdische Erbe und Leben in Thüringen bekommen. Angefangen von den jüdischen Kulturfestivals, wie *Yiddish Summer Weimar* oder den *ACHAVA* Festspielen, über Bildungsprojekte wie »Tacheles mit Simson«, dem einzigartigen Studiengang »Jüdische Soziale Arbeit« an der *FH Erfurt* bis hin zum umfangreichen Engagement von Ehrenamtlichen rund um das *Prager Haus* in Apolda. Wir schätzen es, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die sich zum Ziel gesetzt haben, jüdisches Leben in Thüringen sichtbar zu machen.

Das Netzwerktreffen ist dabei auch immer von einer steten Gefahr begleitet, die für Jüdinnen und Juden sowie Menschen, die von Antisemitismus in Thüringen betroffen sind, eine alltägliche Realität ist. Beim Netzwerktreffen äußert sich diese z. B. dadurch, dass zu Beginn

des Treffens regelmäßig der Polizei für ihre Präsenz gedankt wird. Für Betroffene fühlt sich Sicherheit häufig so an, dass ein Polizeiauto vor der Tür steht, Polizist*innen immer bei Veranstaltungen präsent sind. Bei jedem Treffen, jedem Festtag, jedem Gottesdienst.

Der sehr spürbare Hass gegen Jüdinnen und Juden ist bei dem Netzwerktreffen leider nicht wegzudenken. So drehen sich unsere Gespräche mit den Teilnehmer*innen immer auch um den Kampf gegen Antisemitismus und wie wir als Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen können. ◀



Pride Season 2026

Wenn im Sommer in Thüringen die Regenbogenfahnen die Straßen prägen, kommen wieder tausende Menschen zusammen – um zu feiern, sichtbar zu sein und gemeinsam für gleiche Rechte einzustehen. Auch 2026 finden die *Christopher Street Days (CSDs)* in mehreren Thüringer Städten statt. Sie schaffen Räume für

Begegnung, Solidarität und Vielfalt und setzen zugleich ein deutliches Zeichen gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit.

Gerade in einer Zeit, in der sich das gesellschaftliche und politische Klima gegenüber queeren Menschen vielerorts verschärft, gewinnen Pride-Veranstaltungen zusätzlich an Bedeutung. Sie erinnern daran, dass die Rechte der LSBTIQ*-Community untrennbar mit demokratischen Grundwerten, Menschenrechten und einer offenen Gesellschaft verbunden sind.

CSDs sind deshalb nicht nur bunte Feste, sondern immer auch politische Demonstrationen. Sie machen auf bestehende Ungleichheiten aufmerksam und widersprechen Hass und Einschüchterung. Diese Haltung bleibt notwendig: *ezra* dokumentierte im Jahr 2025 insgesamt 16 queerfeindliche Angriffe. Hinter jeder dieser Zahlen steht ein Mensch, eine Gewalterfahrung und oft weitreichende körperliche sowie psychische Folgen. Was für die Gesellschaft eine Statistik ist, bedeutet für die Betroffenen häufig einen tiefen Einschnitt in ihr Leben.

So begleiteten wir unter anderem ein Paar, das in Erfurt aus queerfeindlichen Motiven in der Öffentlichkeit schwer angegriffen wurde und infolgedessen Langzeitfolgen erlitt. In einem weiteren Fall verlor ein junger Student nach einer Verfolgung, Bedrohung und einem Angriff aufgrund queerfeindlicher Zuschreibungen das Vertrauen in staatliche Schutzmechanismen und die Sicherheit des öffentlichen Raums. Diese Beispiele zeigen, warum Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht selbstverständlich sind, sondern immer wieder neu verteidigt werden müssen.

Dass auch in diesem Jahr zahlreiche Pride-Demonstrationen stattfinden können, ist vor allem dem Engagement vieler ehrenamtlicher Organisator*innen, Initiativen und Unterstützer*innen zu verdanken. Sie investieren unzählige Stunden, übernehmen Verantwortung und setzen sich trotz Anfeindungen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen für eine offene Gesellschaft ein.



Für *ezra* sind die CSDs deshalb weit mehr als nur Veranstaltungen. Sie sind Orte der Solidarität, der Begegnung und der gegenseitigen Unterstützung. Sie bieten die Möglichkeit, unsere Beratungs- und Unterstützungsangebote sichtbar zu machen, mit Einzelpersonen, Communities und Initiativen ins Gespräch zu kommen und gemeinsam ein Zeichen für Vielfalt, Respekt und ein gewaltfreies Zusammenleben zu setzen. Denn Pride ist nicht nur eine Saison – sie ist Ausdruck einer lebendigen demokratischen Kultur, die von Menschen getragen wird, die füreinander eintreten. ◀



10.08.2026

Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen 1975 in Erfurt jährt sich zum 51. Mal

In diesem Jahr jährt sich am 10. August der Jahrestag der rassistischen Ausschreitungen von 1975 in Erfurt zum 51. Mal. Wir von ezra wollen an die Betroffenen dieser Gewalt erinnern, denn Rassismus ist kein abgeschlossenes Kapitel der Vergangenheit. Das Gedenken ist für uns Anlass, die Perspektiven der damals Betroffenen sowie der nachkommenden Generationen sichtbar zu machen. Auf Instagram planen wir, Perspektiven von Überlebenden und Nachkommen der Ausschreitungen zu teilen, die 2025 und 2026 von einem Dokumentarfilmemacher festgehalten wurden. Wir behalten im Blick, ob weitere Veranstaltungen das Gedenken in diesem Jahr begleiten werden, und werden dazu auf unseren Social-Media-Seiten informieren. ◀



Foto des Gedenkens 2025

24.10.2026

Zweiter offizieller Gedenktag für die (Todes-)opfer rechter Gewalt in Erfurt

Am 24. Oktober findet in der Gedenkstätte Andreasstraße der zweite offizielle Gedenktag für die Todesopfer rechter Gewalt in Erfurt statt. In Erfurt wurden mindestens drei Menschen durch rechte Gewalt getötet: Heinz Mädels (58), wurde 1990 queerfeindlich beleidigt, attackiert und so schwer verletzt, dass er wenige Tage später verstarb. Ireneusz Szyderski (24), ein polnischer Erntehelfer, wurde 1992 aus rassistischen Motiven von Neonazis brutal misshandelt und starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Hartmut Balzke (48), wurde 2003 bei einem Angriff von Neonazis so schwer verletzt, dass er zwei Tage später im Krankenhaus starb.

Wir möchten am 24. Oktober an die Ermordeten erinnern und deutlich machen, dass rechte Gewalt auch heute eine akute gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellt. Teil des Gedenktags soll u. a. die Ausstellung »Rechtes Land« des Fotografen Julius Schien sein. Weiterhin ist eine Podiumsdiskussion geplant, die sich mit rechter Gewalt im öffentlichen Raum auseinandersetzt. Darüber hinaus gibt es weitere Programmpunkte, die sich noch in Planung befinden. Updates wird es u. a. auf der Website der »Blinden Flecken« sowie über die Social Media Kanäle der Veranstalter*innen geben. Auch ein Programmflyer wird erarbeitet. Plant euch den Termin schon mal fest ein.

Der Gedenktag wird im Auftrag der Stadt Erfurt von dem Blinde Flecken e. V. in Kooperation mit Vielfalt Leben – QueerWeg Verein für Thüringen e. V. und ezra organisiert. ◀



Digitale Gewalt bleibt nicht digital

elly
Beratungsstelle
für Betroffene
von Hatespeech
in Thüringen

Ein Kommentar, ein Video, ein Screenshot, ein geteilter Name. Was harmlos oder flüchtig wirken kann, entfaltet für Betroffene oft eine Wirkung, die weit über den digitalen Raum hinausreicht. Digitale Gewalt bleibt nicht auf Plattformen, Timelines oder Messengergruppen begrenzt. Sie greift in den Alltag ein: in das Sicherheitsgefühl, in Arbeits- und Wohnumfeld, in politische Beteiligung, in Beziehungen und in die Frage, ob Menschen sich weiterhin öffentlich äußern.

Gerade in Thüringen zeigt sich immer wieder, wie eng digitale Angriffe und lokale Bedrohungslagen miteinander verschränkt sind. Wenn Namen, Fotos, Arbeitsplatz, Wohnort oder politische Zugehörigkeit online verbreitet werden, bleibt das nicht abstrakt. In kleineren Städten und im ländlichen Räumen können digitale Markierungen besonders schnell konkrete Folgen haben. Betroffene müssen damit rechnen, erkannt, angesprochen, weiter bedroht und auch im analogen Raum angegriffen zu werden. Aus einem Post kann das Gefühl dauerhafter Beobachtung entstehen. Auf einen Shitstorm kann Rückzug folgen. Nach digitaler Einschüchterung kann es zu dem Verlust politischer Teilhabe kommen.

Dabei geht es selten nur um einzelne beleidigende Kommentare. Politisch motivierte Hate-

speech funktioniert durch häufige Wiederholungen, öffentlichkeitswirksam und arbeitsteilig. Eine Person filmt oder postet, andere kommentieren, teilen weiter, laden Inhalte erneut hoch, verbreiten Falschinformationen oder veröffentlichen persönliche Daten. Die Verantwortung verteilt sich auf viele Beteiligte. Die Folgen aber konzentrieren sich auf die Betroffenen:

Ein Hasskommentar, ein doxendes Posting oder ein Screenshot ist in wenigen Sekunden veröffentlicht. Die Folgen können dagegen Tage, Wochen oder Monate andauern. Manchmal sogar Jahre, etwa wenn ein Kommentar strafrechtlich verfolgt wird, ein Verfahren aber erst viel später stattfindet. Bis dahin müssen Betroffene Beweise sichern, Plattformen kontaktieren, Löschanträge stellen, rechtliche Schritte prüfen, mit Behörden sprechen, ihr Umfeld informieren und zugleich mit Angst, Verunsicherung oder Erschöpfung umgehen. Häufig bleibt unklar, wer die Inhalte gesehen hat, wo sie noch kursieren und ob sie erneut auftauchen. Gerade Re-Uploads, Screenshots und Weiterverbreitungen in geschlossenen oder halböffentlichen Gruppen machen digitale Gewalt schwer kontrollierbar. Selbst wenn einzelne Inhalte gelöscht werden, ist der Angriff damit oft nicht beendet.

Deshalb greift ein Schutzverständnis zu kurz, das digitale Gewalt vor allem als Problem einzelner Rechtsverletzungen oder einzelner Accounts behandelt. Rechte, rassistische, antisemitische, queerfeindliche, antifeministische oder misogynen Angriffe sind oft Teil größerer Einschüchterungsdynamiken. Sie richten sich nicht nur gegen einzelne Personen, sondern auch gegen das, wofür diese sichtbar stehen: demokratisches Engagement, Solidarität, migrantische, jüdische, queere oder feministische Perspektiven sowie Widerspruch zu rechten Ideologien.

Anlässlich der Verbändeanhörung zum geplanten Gesetz gegen digitale Gewalt macht der VBRG e. V. deutlich: Es ist notwendig, Betroffene besser zu schützen. Gleichzeitig muss ein solches Gesetz die Realität digitaler Angriffe aus Betroffenenperspektive ernst nehmen. Wenn Schutzrechte vor allem individuell durchgesetzt werden müssen, bleibt die Last weiter bei denen, die ohnehin angegriffen und belastet werden. Für viele Betroffene ist es weder finanziell noch emotional leistbar, gegen zahlreiche einzelne Accounts vorzugehen, immer wieder Re-Uploads zu suchen oder Plattformen erneut anzuschreiben.

Ein wirksamer Schutz vor digitaler Gewalt muss deshalb entlasten. Er muss Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen, Verfahren niedrigschwellig und finanzierbar machen und Doxing, Re-Uploads sowie netzwerkförmige Angriffe als zentrale Bestandteile digitaler Gewalt begreifen. Es braucht klare Meldewege,

transparente Entscheidungen, diskriminierungssensible Fachkompetenz bei Behörden und Justiz sowie Beratungsstrukturen, die Betroffene nicht allein lassen.

Denn digitale Gewalt ist nicht nur ein technisches oder rechtliches Problem. Sie ist eine gesellschaftliche Machtfrage. Wer wird öffentlich sichtbar? Wer wird zum Schweigen gebracht? Wer kann sich sicher politisch engagieren? Wer zieht sich zurück, weil die Bedrohung zu groß wird?

Für Betroffene macht es einen Unterschied, ob Angriffe als etwas abgetan werden, dass »nur online« stattfindet, oder ob ihre Folgen ernst genommen werden. Es macht einen Unterschied, ob sie selbst alles dokumentieren, melden und durchsetzen müssen — oder ob es Strukturen gibt, die Verantwortung übernehmen. Genau so macht einen Unterschied, ob Beratungsangebote dauerhaft abgesichert sind oder jedes Jahr erneut um ihre Existenz kämpfen müssen.

Drei Jahre *elly* zeigen, wie notwendig eine solche spezialisierte Unterstützung ist. Nicht, weil digitale Gewalt ein neues Phänomen wäre, sondern weil ihre Dynamiken sich verändern: schneller, vernetzter, lokaler anschlussfähig und oft enger verbunden mit Bedrohungen im analogen Raum. Wer demokratisches Engagement schützen will, muss deshalb auch diejenigen stärken, die von Hass, Einschüchterung und Bedrohung betroffen sind.

Digitale Gewalt endet nicht am Bildschirm. Schutz darf dort auch nicht enden. ◀



www.elly-beratung.de

☎ 0361. 66 33 62 60

✉ info@elly-beratung.de

🐦 [@elly_Beratung](https://twitter.com/elly_Beratung)

📷 [/elly_against_hatespeech/](https://www.instagram.com/elly_against_hatespeech/)

📘 [elly_against_hatespeech](https://www.facebook.com/elly_against_hatespeech)

🎵 [@elly_against_hatespeech](https://www.spotify.com/artist/elly_against_hatespeech)

🐼 [@elly-beratung.bsky.social](https://bsky.app/profile/elly-beratung.bsky.social)



Dank

Auch in den vergangenen Monaten haben viele Menschen in den Opferhilfsfonds der EKM für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen gespendet und so bei der materiellen und finanziellen Aufarbeitung der Gewalterfahrungen unterstützt. Dafür möchten wir Ihnen und Euch danken!

Leider mussten wir auch erleben, dass kontinuierliche Begleitung und Vertretung durch eigene Rechtsanwält*innen in Strafprozessen nicht ohne die Garantie einer Kostenübernahme gesichert werden kann. Daher möchten wir weiterhin dazu motivieren, für diesen Fonds zu spenden, eine gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und dazu beizutragen, Betroffene im Sinne einer praktischen Solidarität bestmöglich zu unterstützen.

Spendenkonto

Ev. Kirche Mitteldeutschland

IBAN DE26 5206 0410 0008 0000 00

Bank Evangelische Bank

BIC GENO DEF 1EK1

Kennwort Opferhilfsfonds

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Bei Beträgen bis zu 300 € gilt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung. Bei höheren Spendenbeträgen senden wir auf Wunsch gern eine Spendenbescheinigung zu. Nehmen Sie hierzu bitte Kontakt mit unserer Geschäftsstelle auf.

Impressum



Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen

Juri-Gagarin-Ring 96/98
99084 Erfurt

Tel 0361.21 86 51 33

Fax 0361.21 86 30 13

Email info@ezra.de

www.ezra.de

Gestaltung Franziska Stübgen

Illustrationen Slinga

V.i.S.d.P. Theresa Lauß

Erfurt, 20. Juli 2026

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des TMSGAF oder des BMBFSFJ dar. Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.



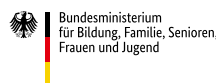
Rundum engagiert: solidarische Unterstützung in Thüringen e.V.

ezra arbeitet in Trägerschaft des re:solut e. V. (Rundum engagiert: solidarische Unterstützung in Thüringen e. V.), einem selbstständigen Werk der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM). Seit April 2011 unterstützt die Beratungsstelle Menschen, die angegriffen werden, weil Täter*innen sie einer von ihnen abgelehnten Personengruppe zuordnen. Gefördert wird die Opferberatungsstelle im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie über das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit *DenkBunt*.

Gefördert von



Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit



im Rahmen des Förderprogramms

Demokratie leben!

WETTERFEST MACHEN!



Rundum engagiert: solidarische
Unterstützung in Thüringen e.V.



Spende für die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt!

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt und Diskriminierung sind in Thüringen gesellschaftliche Realität und stellen für viele Menschen eine (existenzielle) Bedrohung dar. Mit ezra – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und der Hatespeech-Beratung elly, haben die Betroffenen, ihre Angehörigen und Unterstützer*innen professionelle Beratungsstellen, die sie beraten und unterstützen.

Der **re:solut e.V.** ist der Trägerverein von ezra und elly. Der Verein übernimmt Verantwortung dafür, dass die Beratungsangebote bestehen können und Betroffene auch künftig Unterstützung finden, wenn sie sie brauchen. Vor dem Hintergrund unsicherer Förder-

bedingungen und aktueller politischer Entwicklungen ist diese Grundlage wichtiger denn je.

Sie können bzw. du kannst den Verein durch Spenden unterstützen, damit dieser sich eine Rücklage für den Notfall aufbauen kann. Das bedeutet, dass z.B. Zeiträume überbrückt werden können, in denen Fördergelder nicht, oder erst spät ausgezahlt werden.

Die Betroffenen- und Opferberatung ezra und die Hatespeech-Beratungsstelle elly bangen Jahr um Jahr um die staatliche Förderung und somit darum, ob Betroffene professionell beraten und begleitet werden können.

Deshalb brauchen wir Ihre und Eure Unterstützung – ganz herzlichen Dank!

spenden an
re:solut

